

Luzern

Parteien im Check

Die sechs im Parlament vertretenen Parteien haben unterschiedlich gut politisiert. 25

Cassis nimmt an Gedenkfeier teil

Sempach Erstmals seit acht Jahren wird mit **Ignazio Cassis** (FDP, Bild) in diesem Jahr wieder ein Bundesrat an der Gedenkfeier für die Schlacht von Sempach teilnehmen. Er wird am 30. Juni die Festrede halten, wie die Luzerner Staatskanzlei mitteilt. Die letzte Bundesrätin, welche an der Feier eine Rede hielt, war vor acht Jahren **Doris Leuthard** (CVP). Im vergangenen Jahr nahm die österreichische Botschafterin in der Schweiz an der Gedenkfeier teil.



Der diesjährige Gastkanton ist Glarus. Dies sei aussergewöhnlich, heisst es in der Mitteilung. Traditionsgemäss würden Stände eingeladen, die 1386 an der Schlacht teilgenommen hatten. Das ist beim Kanton Glarus nicht der Fall. Er ist zwar seit 1352 Mitglied der Eidgenossenschaft, war aber nicht mit allen Ständen verbündet – auch nicht mit Luzern. Daher war Glarus nicht an der Schlacht beteiligt. Die Glarner Regierung wird von den traditionellen Kreuz- und Bannerträgern begleitet, die sonst nur an der Näfeler Fahrt zu sehen sind. Am Wochenende der Gedenkfeier ist sie auch offizieller Gast des Luzerner Regierungsrats, welcher 2017 zur Glarner Landsgemeinde eingeladen war. (pd/cgl)

SBB schreiben Planung aus

Durchgangsbahnhof In Zusammenhang mit dem Luzerner Milliardenprojekt suchen die SBB mehrere Generalplaner. Der Auftrag wird in den nächsten Tagen öffentlich ausgeschrieben, wie die Bundesbahnen mitteilen. Die SBB erstellen derzeit im Auftrag des Bundes die Planung und Projektierung für den Durchgangsbahnhof Luzern. Nebst den zentralen Elementen wie den Zufahrten zum unterirdischen Bahnhof gehören dazu auch die Analyse der Auswirkungen auf die Bahnstrecken rund um Luzern und die nötigen baulichen Massnahmen. «Nur so können künftig mehr Züge in der Zentralschweiz verkehren», schreiben die SBB.

Die ausgeschriebenen Aufträge umfassen die Generalplanung für die Bahnhöfe Ebikon, Emmenbrücke und Sursee. Dort werden Anpassungen geprüft, um zusätzliche Durchbindungen und Fahrzeitreduktionen zu ermöglichen. Ziel sei es, dass die Züge nicht im Bahnhof Luzern enden, sondern beispielsweise die Regionen Luzern Ost und Luzern Nord miteinander verbinden. Zudem werden in Root Abstellanlagen für Personenzüge geplant. Bei den Projekten würden Gemeinden und Anwohner rechtzeitig einbezogen, heisst es in der Mitteilung weiter.

Der 2,4 Milliarden Franken teure Durchgangsbahnhof soll bis 2040 gebaut werden. Die Gelder für die Planung wurden bereits mit dem Ausbauschnitt 2025 gesprochen. (pd/cgl)

Kanton fokussiert auf Grossprojekte

Immobilien Der Luzerner Regierungsrat will den Neubau des Verwaltungsgebäudes in Emmen und den Ausbau des Campus Horw forcieren. Dafür sind einige Abstriche nötig, wie die neue Immobilienstrategie zeigt.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Es soll unter dem Strich Kosten sparen, doch dafür muss der Kanton Luzern zuerst investieren: das neue, zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in Emmen. Der Bau wird rund 160 Millionen Franken kosten. Dafür erhalten 1400 Kantonsangestellte frühestens ab Ende 2025 neue Büroräume. Investieren muss der Kanton auch in den Ausbau des Campus Horw. Die Kosten werden auf 333 Millionen Franken geschätzt.

Beide Grossprojekte will die Luzerner Regierung vorantreiben. Dies gab Regierungsrat Marcel Schwerzmann (parteilos) gestern bei der Präsentation der neuen Immobilienstrategie bekannt. Der Finanzdirektor ist auch für den Hochbau des Kantons Luzern zuständig und muss nun klare Prioritäten setzen, was weitere Projekte betrifft. Denn das jährliche Investitionsbudget betrug bisher rund 50 Millionen Franken. Das ist zu wenig, um neben dem Verwaltungsgebäude und der Campus-Erweiterung noch mehr Grossprojekte stemmen zu können.

Investitionsbudget soll temporär steigen

Marcel Schwerzmann schlägt darum zwei Massnahmen vor. Einerseits soll das Investitionsbudget temporär erhöht werden, aber dennoch die Schuldenbremse einhalten. Bis 2025 sind nebst der Werterhaltung jährliche Neuinvestitionen im Umfang von 25 bis 107 Millionen Franken vorgesehen. So könne der Bau des neuen Verwaltungsgebäudes finanziert werden.

Die Erweiterung des Campus Horw soll hingegen über eine kantonseigene Immobilien-AG finanziert werden. «Anders als beim Verwaltungsgebäude, welches zentrale Funktionen des Kantons erfüllt, ist der Campus primär in der Zuständigkeit der Trägerkantone der Hochschule», erklärte Marcel Schwerzmann dazu. Dieses Vorgehen stösst der SP sauer auf. Die Partei schreibt in einer Mitteilung von einem «finanzpolitischen Griff in die Trickkiste».

Schwerpunkt wird von Sanierung zu Bau verlagert

Ungeachtet dessen muss der Kanton als zweite Massnahme andere Projekte nach hinten schieben (Auswahl siehe Kasten). Aber auch dann müssen «moderate Abstriche bei der Werterhaltung» geprüft werden. Dafür waren bisher rund 30 Millionen Franken pro Jahr nötig, in den nächsten Jahren dürften es etwa 20 Millionen pro Jahr sein.

Von einer Vernachlässigung von sanierungsbedürftigen Gebäuden könne trotzdem keine Rede sein, erklärte Hans-Urs Baumann. Der Kantonsbaumeister trat gestern mit Finanzdirektor Schwerzmann auf und fügte an, dass der Kanton in den letzten



Beim Seetalplatz soll das kantonale Verwaltungszentrum für 1400 Angestellte entstehen.

Bild: Manuela Jans-Koch (Emmen, 30. September 2018)

Diese Projekte sind zweitrangig



Kantonsgericht

Schon seit Jahren pocht das Luzerner Kantonsgericht auf einen Neubau. Besonders der Standort des Kriminalgerichts am Alpenquai in Luzern ist nicht mehr zeitgemäss. Der Plan, in einen Neubau der Zentral- und Hochschulbibliothek zu ziehen, scheiterte beim Volk: Dieses wollte bekanntlich eine Sanierung.

Der Wunsch der Richter ist es nach wie vor, in der Stadt Luzern zu bleiben. Noch fehlt der Platz. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann stellt in Aussicht, dass die Fachmittelschule dereinst dem Gericht weichen könnte – wohn, ist aber noch unklar.

Jahren eher zu stark den Fokus auf die Werterhaltung und die Planung gelegt habe.

Schwerzmann stellte auch klar, dass mit dem neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz keinesfalls alle Dienstleistungen des Kantons zentralisiert werden. Ab 2025 will die Regierung in Sursee, Hochdorf, Willisau und Schüpfheim sogenannte Hubs realisieren, wo kantonale Dienstleistungen innerhalb der



Gefängnis Wauwilermoos

Unterschiedliche Ausgangslagen für die zwei kantonalen Gefängnisse: Das Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof in Kriens wurde 2017 für knapp 15 Millionen Franken ausgebaut. Das steht der Justizvollzugsanstalt Wauwilermoos noch bevor: Die Zahl der Plätze soll von 65 auf 90 erhöht werden, Plätze für die Ausschaffungshaft soll es dort nicht mehr geben.

Justizdirektor Paul Winiker (SVP) rechnet mit dem Ausbau und der Sanierung des Gefängnisses in Egolzwil bis ins Jahr 2025. Geschätzte Kosten: rund 11 Millionen Franken.

jeweiligen Region räumlich zusammengefasst werden.

Dennoch bleibt die Region Luzern das kantonale Zentrum. Doch was passiert mit den jetzigen Büros, wenn die Arbeitsplätze an den Seetalplatz verlagert werden? Laut Marcel Schwerzmann ist der Kanton grösstenteils Mieter: Die Büros gehören der Luzerner Pensionskasse. Diese wird sich entscheiden, ob Büros wieder in Wohnungen umgewan-



Kantonale Asylzentren

2015 hat der Kanton die Asylstrategie 2016 vorgestellt. Sie sieht vor, dass Asylsuchende während der gesamten Verfahrensdauer in kantonalen Zentren untergebracht werden. Zwischen 300 und 400 dauerhafte Plätze benötigt der Kanton. Allerdings mietet der Kanton in Zeiten grosser Flüchtlingsströme Zivilschutzanlagen oder Wohnungen.

Das geht ins Geld: 2009 haben die externen Mietkosten noch 27 Millionen Franken betragen, 2017 waren es knapp 33,5 Millionen. Die Umsetzung der Zentrumsstrategie wird mit 5 bis 6 Millionen Franken veranschlagt.

delt oder neu vermietet werden. «Das Interesse ist hoch», erklärte der Finanzdirektor.

Strategie soll ab zweiter Jahreshälfte gelten

Die revidierte Immobilienstrategie gelangt nun in den politischen Prozess und sollte nach dem Kantonsratsbeschluss in der zweiten Hälfte dieses Jahres wirksam werden. Der Kanton Luzern hat in seinem Verwaltungsvermögen



Kantonsschule Sursee

Die Gemeinden rüsten sich für mehr Volksschüler, der Kanton für mehr Gymischüler. Während die Kantis Musegg, Seetal, Willisau, Beromünster und Schüpfheim innerhalb ihrer bestehenden Gebäude angepasst werden können, braucht es in Sursee einen Erweiterungsbau für 14 Klassen. Dieser soll rund 27 Millionen Franken kosten und auf Schuljahresbeginn 2023/2024 bereit sein – sofern es die Finanzen zulassen.

Sechs Jahre später soll die Erweiterung der Kanti Reussbühl erfolgen. Die Kantonsschule Alpenquai soll nicht weiter ausgebaut werden. (avd)

1221 Grundstücke im Besitz. Dabei handelt es sich um Liegenschaften, die der Kanton für die Erfüllung seiner Kernaufgaben benötigt, etwa Schulen.

Im Finanzvermögen sind es 504 Grundstücke; dazu zählen landwirtschaftliche Liegenschaften, Wald oder unüberbaute Grundstücke. Entsprechend kleiner ist die Zahl der Gebäude: 345 sind es im Verwaltungsvermögen, 188 im Finanzvermögen.